

<p style="text-align: center;">Ergebnisprotokoll der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie vom 05.02.2015</p>

Beginn: 14.30 Uhr

Ende: 16.30 Uhr

Anwesende: I Deputation

1. vom Senat

Herr Senator Dr. Lohse

Herr Staatsrat Golasowski

Frau Staatsrätin Friderich

2. von der Bürgerschaft

SPD-Fraktion

Herr Hamann

Herr Jägers

Frau Metschies

Herr Gottschalk

Herr Pohlmann

CDU-Fraktion

Herr Hipp

Herr Imhoff

Herr Strohmann

**Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Frau Dr. Schierenbeck

Herr Saffe

Frau Dr. Schaefer

Die Linke

Herr Arndt

II *Verwaltung*

Herr Dr. Sünemann	Der Senator für Umwelt, Bau und
Frau Zimmermann	Verkehr
Frau Windeler	
Herr Eickhoff	
Frau Prof. Dr. Reuther	
Herr Viering	
Frau Kamp	
Frau Urban	
Herr Polzin	
Herr Musiol	
Frau Humrich	
Frau Gerken	
Herr Steffe	
Herr Imholze	
Herr Dr. Kumpfer	
Frau Preiß	
Frau Dr. Ortmann	
Herr Dr. Viebrock-Heinken	
Frau Wernick	
Herr Bürger	
Herr Hürter	
Herr Dr. Vogt	
Frau Dr. Christiansen	
Herr Nagler	
Frau Pieper	ASV
Herr Donaubauer	BBN

III *Gäste*

Herr Oertel	Naturschutzbeirat
Herr Janßen	Umweltschutzamt Bremerhaven
Herr Dr. Steinbrück	Landesbehindertenbeauftragter

IV *Gastdeputierte*

Herr Liess	SPD-Fraktion
Herr Saxe	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Werner	Bündnis 90/Die Grünen

Herr Senator Dr. Lohse begrüßt die Mitglieder und Gäste der 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie.

	Genehmigung der Tagesordnung	
--	-------------------------------------	--

Zu **TOP 8b)** Fördermaßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum liegt eine Neufassung als **Tischvorlage** vor.

TOP 8 g „Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung ...“ wird auf die nächste Sitzung **verschoben**.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Tagesordnung zu.

Einstimmig

TOP 2	Genehmigung von Protokollen (hier: -Protokoll 18/37 der Sitzung am 21.11.2014 -Protokoll 18/38 der Sitzung am 04.12.2014 -Protokoll 18/39 der Sitzung am 08.01.2015 -Protokoll der nicht öffentlichen Sitzung am 04.12.2014)	L/S
--------------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem vorgelegten Protokoll zu.

Einstimmig

TOP 3	Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft -02-	L/S
--------------	---	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der vorgelegten Liste der abzuarbeitenden Aufträge aus den Sitzungen der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie sowie der Bremischen Bürgerschaft zu.

Einstimmig

TOP 4	Neuaufstellung des Landschaftsprogramms, Teil Stadtgemeinde Bremen - Absehen von einer erneuten öffentlichen Auslegung - Bericht der Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie -3-	Vorlage 18/466
--------------	--	-------------------

Frau Staatsrätin Friderich führt aus, dass der vorliegende Entwurf des Landschaftsprogramms viele Schritte und Verfahren seit der Aufstellung des Vorgängerprogramms 1991 aufnehme. Beispielsweise die Stadtbiotopkartierung 1996, die Kleingartenkonzeption 2002 und das Grüne Netz Bremen. Diese verschiedenen Bausteine seien ebenso in die Aktualisierung aufgenommen worden, wie der Bewirtschaftungsplan der Flussgebietsgemeinschaft Weser oder auch das Maßnahmenprogramm für die Gewässer nach der Wasserrahmenrichtlinie. Die wesentliche Neuerung sei jedoch die Veränderung des Blickwinkels. Das 1991er Programm habe vor allen Dingen die Außenbereiche im Blick gehabt. Bremen habe beschlossen, die Innenentwicklung in den Vordergrund zu stellen und dies bereits im Flächennutzungsplan herausgearbeitet. Nun nehme auch das Landschaftsprogramm diesen Aspekt sehr stark in den Fokus. Es liefere einen wesentlichen Baustein dafür, die gesetzlich notwendigen Ausgleichsflächen, die durch die Bauflächen im Flächennutzungsplan angelegt seien, auch vorhalten zu können. Das Landschaftsprogramm habe eine andere rechtliche Qualität als der Flächennutzungsplan. Es sei eine Fachplanung, aber auch ein besonders wichtiger Baustein zur Realisierung des Flächennutzungsplans.

Herr Senator Dr. Lohse ergänzt, dass das Leitbild Bremen! lebenswert – urban- vernetzt mit dem Landschaftsprogramm explizit zum Ausdruck gebracht werde.

Frau Dr. Schaefer meint, dass es an der Zeit sei, ein neues Landschaftsprogramm aufzulegen, um Planungssicherheit für Grünflächen, für Landschaft und Naturschutz zu geben. Es sei gut, dass man sich nicht mehr nur auf die Außenbereiche, sondern auch auf die Innenbereiche konzentriere und eben nicht mehr nur den klassischen Umwelt- und Naturschutz betrachte, sondern auch weitere Funktionen, wie Frischluft, Hochwasserschutz, auch im Sinne von Anpassung an den Klimawandel, und Lärmschutz. Zu den Stadtoasen habe es längere Debatten gegeben und es sei gut, dass die Grünflächen zumindest mehrheitlich als Stadtoasen weiter definiert worden seien. Das Landschaftsprogramm sei insbesondere auch ein Werkzeug, um Kompensation vor Ort zu ermöglichen. Es wurde immer beklagt, dass sehr viel bremisches Geld ausgegeben werde, um, ausgelöst durch Baumaßnahmen in Bremen, in Niedersachsen Flächen aufzuwerten. Maßnahmen auf landwirtschaftlichen Flächen seien nur mit dem Einvernehmen der betreffenden Landwirte möglich. Dazu diene auch die Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer. Es sei allerdings nicht erkennbar, ob es eine Kündigungsklausel, eine Änderungsklausel und eine Laufzeitbegrenzung für diese Vereinbarung gebe. Sie bittet, ein Augenmerk darauf zu haben, was passieren solle, wenn Bremen irgendwann einmal keine Landwirtschaftskammer mehr habe.

Herr Arndt erklärt, dass er den Flächennutzungsplan abgelehnt habe und folgerichtig nun auch das Landschaftsprogramm ablehnen werde. Weiterhin würden die Gewerbeflächen auf den Marschen in Arbergen, Hemelingen und Mahndorf als Gewerbegebiet in den Abschnitten 3, 4, 5 ausgewiesen. Es sei falsch, dies zu tun. Die Bevölkerung und auch der Beirat in Hemelingen seien dagegen. Wenn man in Bremen Nord alle Grünflächen bebaue, werde es schwierig werden, Ausgleichsflächen zu finden. Es könne nicht sein, dass man dann private Ausgleichsflächen vormerke, wie es in Lesum vorgesehen sei.

Herr Gottschalk sieht das Landschaftsprogramm als ein weiteres großes Planwerk für die Stadt Bremen und als Teilschritt für das Land insgesamt. Es sei auf der Höhe der Zeit mit der Hinwendung zum Blick auf die Stadt. Es gehe dabei auch um die soziale Umwelt in der Stadt. Deshalb sei er froh, dass insbesondere dieser Aspekt der sozialen Dimensionen im städtischen Grün große Beachtung finde. Es gehe eben nicht nur um ökologische Systeme und klimatische Wechselwirkungen, sondern es gehe vor allen Dingen um das Verhalten und die Möglichkeiten, die Freiräume, den Erlebnis- und Erholungswert, den die Bremerinnen und Bremer in diesem Grün haben. Die vielen Maßnahmen, die man daraus ableiten könne, stünden begrenzten finanziellen Möglichkeiten gegenüber, daher müsse man Prioritäten setzen. Insgesamt sei das Landschaftsprogramm nicht nur ein umfangreiches, sondern auch ein großartiges Werk.

Herr Imhoff hält es für ein Problem, dass dies der Arbeitsplan für die nächsten 15 bis 20 Jahre in Bremen bedeute und maßgeblich in der Verwaltung als Leitlinie gelten werde. Es sei für ihn nicht verständlich, weshalb der Flächennutzungsplan und das Landschaftsprogramm getrennt

behandelt würden. Beides gehöre zusammen und sollte in einer Deputationssitzung gemeinsam abgearbeitet werden. Seine Fraktion lehne das Landschaftsprogramm ab, weil die Stadtoasen innerhalb von Industrie- und Gewerbegebieten Probleme verursachen würden und vielfach die Stellungnahmen und Ablehnungen der Beiräte, insbesondere bei Wegeverbindungen oder Entwicklungsmaßnahmen nicht beachtet worden seien. Außerdem seien die Belange der Landwirtschaft nicht berücksichtigt worden. Der Wegfall von 400 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche bedrohe massiv Existenzen. Dass man jetzt mit diesem Landschaftsprogramm Kompensation in Bremen betreiben könne, bedrohe ebenfalls die Existenzen. Aussagen, dass diese Maßnahmen nur vielleicht umgesetzt würden, könne man nicht vertrauen. Wenn man einen Plan mache, wolle man diese Ideen und diesen Plan auch irgendwann umsetzen. Jeder, der dem LaPro heute zustimme, müsse wissen, dass er Existenzen von Landwirten bedrohe. Man sei hier deutlich über Bundesvorgaben hinausgegangen.

Herr Senator Dr. Lohse weist den Vorwurf zurück, Beiräte seien missachtet worden. Beiräte seien wichtige Mitglieder des Beteiligungsprozesses. Daneben gebe es aber auch andere Beteiligte und am Ende müssten die verschiedenen Interessen abgewogen werden. Dies habe man hier getan. Das Landschaftsprogramm sei eine Fachplanung, die im Weiteren konkretisiert, aber auch gegen andere Belange abgewogen werde und habe einen anderen Stellenwert als der Flächennutzungsplan.

Herr Jägers erklärt, dass er selbst mit Landwirten und auch mit der Landwirtschaftskammer, gesprochen habe und andere Botschaften gehört habe. Durch die Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer gebe es eine erhebliche Sicherheit für die Landwirtschaft. Ohne die einzelnen Landwirte zu fragen, gehe nichts. Es würden dadurch keine Existenzen vernichtet werden. Es gebe hier Planungssicherheit für alle. Im Falle einer Auflösung der Landwirtschaftskammer gebe es immer eine Rechtsnachfolge. An diesem Punkt könne man sehen, wie wichtig Kammern seien. Kammern würden eine organisierte und fachlich fundierte Beteiligung sichern und es sei nicht sinnvoll, Kammern aufzulösen.

Herr Musiol weist darauf hin, dass das Landschaftsprogramm beim Thema Ausgleichsflächen eine Orientierung gerade auf Ausgleichsmaßnahmen im besiedelten Bereich habe, weg von der Landwirtschaft. Gleichwohl sei es eine Selbstverständlichkeit, mit den betroffenen Landwirten intensiv zu sprechen. Mit dieser Vereinbarung organisiere man zusätzlich einen Prozess, bei dem die Institutionen systematisch in den Umsetzungsprozess von Maßnahmen mit einbezogen würden, um eine Lösung im Konsens zu finden. Man habe sich zusätzlich verpflichtet, vor einer Umsetzungsmaßnahme eine regionale Betroffenheitsanalyse zu machen. Die Landwirtschaft in Bremen solle erhalten werden.

Frau Dr. Schaefer weist zurück, dass Landwirte in ihrer Existenz bedroht würden. Die Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer diene genau dazu, dass Maßnahmen nur im Konsens mit den Landwirten umgesetzt werden könnten. Die Stadtoasen seien detailliert mit der Handelskammer Fläche für Fläche erörtert worden und es werde kein Betrieb durch Stadtoasen gefährdet.

In Bremen Nord sei nicht die Bebauung von Grünflächen vorgesehen, sondern die Bebauung einer bereits weitestgehend versiegelten Fläche.

Herr Imhoff führt aus, dass die Vereinbarung mit der Landwirtschaftskammer der kleinste Nenner und eine Selbstverständlichkeit sei. Er zitiert aus der Stellungnahme der Landwirtschaftskammer: „Die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahme würde zu massiven Einkommensverlusten bei den wirtschaftlichen Betrieben führen und mit einer Aufgabe von einer erheblichen Anzahl der rund 200 Betriebe einhergehen. Die bremische Landwirtschaft wäre in Gänze stark gefährdet.“ Ein paar Seiten weiter „kann nicht zugestimmt werden“. Er finde sich in dieser Stellungnahme wieder. Wer heute für das Landschaftsprogramm stimme, gefährde Existenzen landwirtschaftlicher Betriebe im Land Bremen.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass die zitierte Stellungnahme eingegangen sei, als die Gespräche mit der Landwirtschaftskammer bereits einen völlig anderen Stand hatten.

Diese Gespräche wurden einvernehmlich geführt, ebenso wie die Gespräche mit der Handelskammer zu den Stadtoasen.

Herr Liess verwarft sich entschieden dagegen, dass der Eindruck erweckt werde, das Landschaftsprogramm oder der Flächennutzungsplan wären ein Enteignungsprogramm. Es sei mehrfach deutlich gemacht worden, dass dies nur im Einvernehmen geregelt werden könne.

Herr Pohlmann stellt den Bezug her zum Wohnungsbauprogramm, zum Wohnraumförderprogramm, zur Förderung von Studierendenwohnraum und insbesondere zum Gewos Gutachten. Die Frage sei, wohin entwickle sich diese Stadt. Man habe die Chance, mehr Einwohnerinnen und Einwohner zu gewinnen und dazu müssten auch ausreichend Flächen zur Verfügung gestellt werden. Dazu gebe es unterschiedliche Auffassungen.

Auf die Nachfrage von **Herrn Imhoff** berichtet **Herr Senator Dr. Lohse**, dass der Antrag „Landwirtschaft fördern statt behindern“ federführend an die Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen zur Beratung und Berichterstattung überwiesen worden sei. Es sei derzeit nicht bekannt, wann der Bericht erfolgen solle.

Beschluss:

- 1. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) beschließt, gemäß § 4a Abs. 3 BauGB von einer erneuten öffentlichen Auslegung des Landschaftsprogrammentwurfs Bremen, Teil Stadtgemeinde Bremen (Bearbeitungsstand 10.12.2014 mit Austauschseiten vom 15.01.2015) abzusehen.*
- 2. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt, in Kenntnis der eingegangenen Stellungnahmen und ihrer empfohlenen Behandlung (Anlage 3) dem Entwurf des Landschaftsprogramms Bremen, Teil Stadtgemeinde Bremen (Bearbeitungsstand: 10.12.2014 mit Austauschseiten vom 15.01.2015) zu.*
- 3. Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) stimmt der Weiterleitung über den Senat an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung zu.*

*Zustimmung gegen die Stimmen von CDU und DIE
LINKE*

TOP 5	Entwurf des Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes (BremKEG) -2-	Vorlage 18/475
--------------	---	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass das Gesetz einem konsequenten Klimaschutz dienen solle. Bisher sei dieser auf der programmatischen Ebene betrieben worden, nun werde das Ziel der Treibhausgasminderung, Maßnahmen zum Ausbau der erneuerbaren Energien und Energieeffizienz in einen gesetzlichen Rahmen gefasst und habe damit eine stärkere Bindungswirkung für die Zukunft. Der Klimawandel schreite unaufhaltsam voran. Wenn die Staatengemeinschaft es schaffen solle, den Klimawandel zu stoppen und die viel zu umfangreiche Verbrennung fossiler Brennstoffe durch andere Energieträger zu ersetzen, dann

brauche es Vorreiter. Bremen sei entschlossen, diese Vorreiterrolle wahrzunehmen. Dazu gehöre die vorgelegte gesetzliche Verpflichtung.

Herr Strohmann erklärt, dass seine Fraktion das Gesetz ablehnen werde. Es bedürfe keines Gesetzes, man müsse energetische Sanierungen, Wärmerückkopplung und dergleichen einfach nur machen. Wenn man sich den Zustand der öffentlichen Gebäude wie Schulen oder Sportanlagen anschau, dann würden dort Unmengen an Energie verbrannt. Dieses Gesetz sei ein Papiertiger. Es sei unrealistisch, die bundesgesetzlichen Vorgaben, noch toppen zu wollen, vor allem ohne zu wissen, ob dies überhaupt wirtschaftlich sei. Bremen sei ein Industriestandort. Über die rechtlichen Bedenken der Unverletzbarkeit der Wohnung werde sicher in der Bürgerschaft nochmal debattiert werden. Dieses Gesetz sei nicht notwendig und ein falsches Signal.

Frau Dr. Schierenbeck begrüßt den Gesetzentwurf. Ein Gesetz sei der richtige Weg. Politikerinnen und Politiker seien verpflichtet, Gefahren von der Bevölkerung abzuwenden. Wenn der Weltklimabericht aussage, dass zu über 95% der Klimawandel komme, könne man nicht argumentieren, man sei Industriestandort. Man müsse im Gegenteil überlegen, was man dagegen tun könne, nämlich Klimaschutz betreiben und Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel entwickeln. Genau dies stehe im Klimaschutzgesetz und dies sei der richtige Weg. Man müsse besser werden im Bereich Gebäude und auch die Industrie verpflichten, etwas zu tun. Hinsichtlich der Vorgaben folge Bremen ganz klar den Zahlen, die von der europäischen und von der Bundesebene vorgegeben seien: 40% Einsparung bis 2020.

Herr Gottschalk erinnert an die Debatte, in der es auch um die Frage ging, inwieweit Maßnahmen in diesem Bereich die Wettbewerbsfähigkeit von Bremen als Standort beeinträchtigen könnten. Die Befürchtungen würden sich in der Praxis vermutlich als nicht so gravierend erweisen. Der andere Aspekt sei, der Widerspruch zwischen dem, was in klimapolitischer Hinsicht eigentlich getan werden müsste und den tatsächlichen finanziellen Möglichkeiten. Dies sei ein globaler Konflikt. Letztlich sei mit diesem Gesetzesentwurf ein guter Kompromiss gefunden worden. Die Vorgaben in diesem Gesetz seien nun in den nächsten Jahren zu konkretisieren und umzusetzen.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass die Ziele nicht rein von der Politik vorgegeben würden, sondern vom Planeten. Der Weltklimarat versuche deutlich zu machen, welche Veränderung unseres Lebensstils, welche Treibhausgasreduzierungen erreicht werden müssten. Jahr für Jahr zeige die Klimaentwicklung, dass der Planet sich schneller erwärme, als der Weltklimarat es in seinen Szenarien gehofft hatte. Jahr für Jahr werde auf der Welt mehr CO₂ emittiert und der Turnaround sei kaum zu schaffen. Wirtschaftlich sei zu betrachten, was einerseits der Klimaschutz koste und welche Kosten aber andererseits durch die durch den Klimawandel verursachten Schäden und die Schutzmaßnahmen davor entstünden. Vermeidungsmaßnahmen würden einen Bruchteil der Kosten verursachen die durch Schutzmaßnahmen und der Schäden entstünden. Man müsse davon wegkommen, erst Geld zur Verfügung zu stellen, wenn Schäden eingetreten seien anstatt wesentlich weniger Mittel zur Vermeidung dieser Schäden auszugeben. Davon wegzukommen und zu einer vorsorgenden Politik zu kommen, sei das Ziel dieses Gesetzes.

Beschluss:

Die staatliche Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem Entwurf eines Bremischen Klimaschutz- und Energiegesetzes zu und bittet den Senator für Umwelt, Bau und Verkehr um die Weiterleitung des Entwurfs an den Senat zur Beschlussfassung und anschließenden Weiterleitung an die Bremische Bürgerschaft (Landtag) mit der Bitte um Beschlussfassung.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 6	Entwurf einer Verordnung über das Naturschutzgebiet "Luneplate" in der Stadtgemeinde Bremerhaven -16-	Vorlage 18/487
-------	---	-------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt dem „Entwurf einer Verordnung über das Naturschutzgebiet „Ungeplante“ in der Stadtgemeinde Bremerhaven“ zu und bittet um Weiterleitung des Entwurfs an den Senat der Freien Hansestadt Bremen zur Beschlussfassung.

Einstimmig

TOP 7	Moderne Abgasstandards für Baumaschinen - 22-	Vorlage 18/502
-------	---	-------------------

Herr Jägers erinnert daran, dass auch dieses Thema einen längeren Vorlauf habe, 2012 habe er dazu bereits eine Presseerklärung herausgegeben. Arbeitsschutz sei genauso wichtig wie Umweltschutz.

Herr Saxe begrüßt, dass man in intensiven Gesprächen mit den Unternehmen versucht habe, deren Einwänden Rechnung zu tragen. In diesem Fall sei Arbeitsschutz auch Umweltschutz. Es sei nicht weiter hinnehmbar, dass Menschen, die in der Nähe von Baustellen leben und insbesondere die Bauarbeiter in den Baufahrzeugen Gesundheitsbeeinträchtigungen ausgesetzt würden.

Herr Imhoff kritisiert, dass man sich besser für eine bundeseinheitliche Regelung hätte einsetzen sollen. Zumindest hätte man sich mit Niedersachsen abstimmen können. Die Übergangszeiten seien zu kurz, da Baumaschinen teilweise über zwanzig Jahre abgeschrieben würden. Dadurch würden Betriebe über Gebühr belastet. Sicher sei dies Arbeitsschutz. Aber diese Regelung betreffe nur die Baustellen im Auftrag der öffentlichen Hand und nicht die privaten Baustellen. Deswegen sei keine Gleichbehandlung gegeben. Die Bedenken der Verbände und der Kammern seien nicht weitgehend genug berücksichtigt worden. Aus diesen beiden Gründen lehne seine Fraktion die Vorlage ab.

Herr Senator Dr. Lohse weist darauf hin, dass das Thema durchaus bundesweit abgestimmt sei. Es wurde auf der Umweltministerkonferenz im Jahr 2013 beraten und dort empfohlen in zwei Schritten vorzugehen. Der erste Schritt sei bei öffentlichen Aufträgen diese Filter zu verlangen. Die UMK habe auch empfohlen, bei Feinstaubüberschreitungen in den Zentren auch generell solche Standards zu fordern. In Bremen würden durch die Umweltzone seit ungefähr fünf Jahren keine Feinstaubgrenzwerte im innerstädtischen Bereich überschritten. Daher waren die Voraussetzungen für den zweiten Punkt nicht erfüllt.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie stimmt der Einführung besonderer Vertragsbedingungen in Bezug auf moderne Abgasstandards für Baumaschinen gemäß dem beschriebenen Konzept und einer Weiterleitung an den Senat zur Beschlussfassung zu.

Zustimmung gegen die Stimmen der Fraktion der CDU

TOP 8	Berichte der Verwaltung	
-------	--------------------------------	--

TOP 8a)	Wohnraumförderprogramm -7-	BdV mündlich	L/S
---------	-------------------------------	-----------------	-----

Herr Senator Dr. Lohse führt aus, dass das erste Wohnraumförderprogramm mit der Förderung von 700 Wohneinheiten erfolgreich umgesetzt worden sei. Es diene auch der Umsetzung der 25 % Sozialwohnungsquote bei neuen Bauvorhaben. Nun werde eine zweite Stufe dieses Wohnraumförderprogramms aufgelegt. Am 23. Februar finde ein weiteres Gespräch im Bündnis für Wohnen, mit den Akteuren der Wohnungswirtschaft aber auch den Initiativen der Wohnungssuchenden, den Sozialverbänden und der Arbeitnehmerkammer statt. Erst danach solle der Senat darüber beschließen. Die zweite Stufe des Wohnraumförderprogramms solle einen vergleichbaren Umfang wie das erste Programm haben.

Herr Pohlmann erinnert daran, dass das Wohnraumförderprogramm umstritten gewesen sei. Gerade im Bündnis für Wohnen war von einigen Akteuren gesagt worden, dies sei viel zu wenig. Andere Akteure waren der Ansicht, bei dem heutigen Zinsniveau werde ein solches Programm überhaupt nicht gebraucht. Der Deputation sei eine Bilanzierung dieses Programms vorgelegt worden, die zeige, dass das Wohnraumförderprogramm angenommen werde und es werde auch gebraucht. Es habe einen wichtigen Schub für den sozial bezahlbaren, sozial geförderten Wohnungsbau gehabt. Eine zweite Förderperiode aufzulegen sei gut und zu unterstützen.

Herr Werner weist darauf hin, dass die Vernetzung der Senatsressourcen, die Vernetzung der unterschiedlichen Bedarfe von Wohnen sehr wichtig sei. Es sei ein großer Erfolg des Bündnisses für Wohnen und dieses Wohnraumförderprogramms die verschiedenen Themen und Ressorts miteinander zu verbinden und zu vernetzen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8b)	Fördermaßnahmen zum Bau von Studierendenwohnraum -73-	BdV schriftlich
---------	--	--------------------

Herr Senator Dr. Lohse verweist auf die ausliegende Neufassung. Es habe eine sehr erfreuliche Entwicklung gegeben, der Bund habe die BAföG- Gelder übernommen. Es werde derzeit geprüft, ob sich dadurch neue Möglichkeiten der Finanzierung in diesem Bereich ergeben werden.

Herr Werner nimmt Bezug auf den Bericht zum Waller Wied, wo konkrete Beispiele genannt seien, wie man studentisches Wohnen und Quartiersentwicklung verbinden könne. Bei den großen Bauprojekten, in großen Wohnungs- und Unterbringungsprojekten, müsse eine solche Vernetzung künftig ebenfalls erfolgen. Beispielsweise beim Bundeswehrhochhaus müsse man langfristig darüber nachdenken, wie man studentisches Wohnen dort unterbringen könne. Bei anderen Projekten wie Gartenstadt Werdersee oder dem Hulsberg-Viertel sei dies schon Thema. Beim Projekt „Wohnen gegen Hilfe“ könnte über einen neuen Ansatz nachgedacht werden. In den Fachgesprächen sei ein Krefelder Modell vorgestellt worden. Dort würden Studenten andere Aufgaben im Quartier übernehmen, wie Nachhilfe für Kinder oder Begleitung von Flüchtlingen im Alltag, Bürgermedien usw. Dies wäre ein sinnvolles Modell, wie man für Studenten gedeckelte Mietpreise gegen bestimmte gemeinwohlorientierte Leistungen schaffen könnte.

Herr Pohlmann hält es für gut, dieses Thema nun auch in Form von politischen Vorgaben und Initiativen des Senats auf den Weg zu bringen. Die Wartelisten beim Studentenwerk seien lang und auf dem Wohnungsmarkt sei es für Studierende schwierig. Hier bedürfe es, wie beim Bündnis für Wohnen angedacht, der Schaffung von Wohnraum. Micro- Appartements könnten ein Modell sein. Wichtig sei jedoch die Unterstützung und Kooperation mit dem Studentenwerk.

Man brauche eine schnelle Umsetzung, ein Sofortprogramm. Das, was hier stehe werde in vielen Bereichen nicht ausreichen.

Herr Dr. Steinbrück berichtet, dass die Koordinierungs- und Informationsstelle für Studierende an der Universität darauf hingewiesen habe, dass auch unter den Studierenden Menschen mit einem Rollstuhl extrem große Probleme hätten, Wohnraum zu finden. Er bittet darum, dies bei Gesprächen bspw. mit Investoren anzubringen.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht des Senators für Umwelt, Bau und Verkehr und der Senatorin für Bildung und Wissenschaft zur Kenntnis.

TOP 8c)	Wohnen im Alter -73-	BdV schriftlich
---------	--------------------------------	--------------------

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8d)	Umweltzustandsbericht 2015: Umwelt in Bremen und Bremerhaven -20-3-	BdV schriftlich	L/S
---------	---	--------------------	-----

Herr Gottschalk findet, der Umweltzustandsbericht sei eine sehr gut gelungene, lesefreundliche Broschüre, gerade für die Adressaten – interessierte Bürgerinnen und Bürger. Das erste, was auffalle, sei die breite Auffächerung der Themen, um zu zeigen, wie viele Dimensionen und Schwerpunkte es in diesem Bereich gebe.

Frau Dr. Schaefer stellt fest, dass obwohl Bremen fünftgrößter Industriestandort sei, hier sehr viel für den Umwelt- und Naturschutz gemacht werde. Viele der Maßnahmen hätten mit Stadtentwicklung zu tun. Erfreulich sei die Entwicklung der ökologischen Landwirtschaft. Eine große Herausforderung für den Umweltschutz bestehe jedoch noch im Bereich der Altlasten. Bremen habe über 3000 Altlastenverdachtsflächen. Hier habe man noch viel zu tun.

Herrn Imhoff gefällt der Umweltzustandsbericht sehr gut, er gebe einen guten Überblick und einen guten Einstieg in das Thema. Aber gerade bei der Situation der Landwirtschaft in Bremen werde mit veralteten Zahlen aus dem Jahr 2010 gearbeitet. Bei der landwirtschaftlich genutzten Fläche datiere die letzte Erhebung in 2010, ebenso im Ökolandbau. Er vermutet, dass der Anteil an ökologischem Landbau in Deutschland leider nicht mehr ansteige. Wenn man ökologischen Landbau zum Naturerhalt haben möchte, dann müsse man hier mit aktuellen Zahlen arbeiten und Ansätze zu weiteren Förderungen mit aufnehmen.

Herr Senator Dr. Lohse erklärt, dass die nächste Erhebung zu den Öko- Landbaubetrieben für dieses Jahr vorgesehen sei. Es habe also tatsächlich keine aktuelleren verfügbaren Zahlen vorgelegen. Wenn die aktuelle Erhebung vorliege, würden die Zahlen nachgereicht werden.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8e)	Bericht zur Situation des Jacobs-Kreuzkraut -3-	BdV schriftlich	L/S
---------	---	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8f)	Maßnahmen im schienengebundenen ÖPNV und SPNV -5-	BdV schriftlich	L/S
---------	--	--------------------	-----

Herr Hipp stellt fest, dass ein großer Teil der Maßnahmen im Bremer Osten stattfindet. Er möchte wissen, wie es mit schienengebundenem ÖPNV und SPNV im Bremer Westen aussehe, beispielsweise mit der Verlängerung der Linie 3 Richtung Burg-Oslebshausen.

Herr Arndt stellt richtig, dass der Beirat Hemelingen nicht, wie in der Vorlage dargestellt, die Variante C für die Verschiebung des Bahnhofs Hemelingen beschlossen habe. Im Gegenteil, der Beirat habe am 20.6.2013 und anschließend auch der Bauausschuss klar festgestellt, dass er an der Variante Marschstraße festhalte. Nur die Variante Marschstraße komme ohne jeglichen Umbau von Treppen, Rampen usw. aus. An der Schlegelstraße müsse aber eine Rampe gebaut werden oder die Menschen müssten bis zur Hannoverschen Straße einen sehr weiten Weg zurücklegen. Für mobilitätseingeschränkte Personen oder Menschen in einem Rollstuhl sei das kaum zu bewältigen. Er bittet nachdrücklich darum, diesen Punkt zu überarbeiten. Daher nimmt er den Bericht nur unter Protest zur Kenntnis.

Herr Pohlmann führt aus, dass die genannten Fragen – Straßenbahnen im Bremer Westen und im Bremer Süden, Busverkehre insgesamt - sehr intensiv im Rahmen des VEP, mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit den Beiräten aber auch im VEP- Beirat diskutiert worden seien. In diesem Rahmen sollten diese Fragen auch weiter diskutiert werden. Genauso wichtig sei eine Beiratsbefassung mit Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung, aber dieses sollte vor Ort erfolgen. Zur weiteren Umsetzung der verkehrspolitischen Fragen, die im VEP diskutiert wurden, möchte er wissen, was die nächsten Schritte seien.

Herr Senator Dr. Lohse erläutert, dass es im vorliegenden Bericht um konkrete Maßnahmen im schienengebundenen SPNV gehe, die einen konkreten Planungsstand erreicht haben. Im VEP habe man auch Ideen und Anregungen gesammelt, die grundsätzlich sinnvoll seien, aber noch nicht den Status einer konkreten Maßnahme erreicht hätten. Zum Bahnhof Hemelingen sei S. 7 des Berichts zu entnehmen, dass bei der anstehenden Überarbeitung der Planung beide Hauptvarianten aktualisiert und vor dem Hintergrund der dann ermittelten Kosten einer nochmaligen Bewertung unterzogen würden.

Herr Saxe meint, dass man hier bei einer gesamtstädtischen Sicht bleiben sollte. Der fehlende Konsens mit dem Beirat sei ein Fehler, aber möglicherweise durch weitere Gespräche zu heilen. Er möchte wissen, weshalb der neue Haltepunkt Universität nicht mit aufgenommen worden sei.

Herr Jägers vermisst den Haltepunkt Universität ebenfalls. Der Bahnhof Wulsdorf tauche unter Neue Projekte auf, was etwas verwirrend sei. Wichtig sei, dass der VEP- Prozess noch nicht endgültig abgeschlossen sei, sondern die Umsetzung der Maßnahmen über viele Jahre weiter laufe- begleitet durch den Projektbeirat. Hier sei sicher noch die ein oder andere Anregung einzubringen.

Herr Polzin erklärt, dass die wesentliche Intention war, darzustellen, dass es bei den laufenden Projekten keine starken Kostensteigerungen gebe. Die hier dargestellten Projekte seien Bestandteil des Großvorhabenprogramms des Bundes und bereits vor mehreren Jahren beim Bund angemeldet worden. In diese Systematik passe zwar die Querverbindung Malerstraße nicht, diese stehe jedoch in Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion zur Querverbindung Steubenstraße. Daher sei der Sachstand darzustellen. Die Straßenbahnverlängerung von Gröpelingen bis Oslebshausen sei eine Maßnahme im Handlungskonzept des VEP. Dort seien noch einige weitere Straßenbahnverlängerungen dargestellt. Hier dargestellt seien jedoch Projekte, die im Großvorhabenprogramm enthalten

seien und demzufolge bis 2019 zum Abschluss gebracht werden sollen. Der Haltepunkt Universität sei nicht im Großvorhabenprogramm enthalten.

Die Frage der Einigung mit dem Beirat zum Bahnhof Hemelingen nehme er auf. Der Bahnhof Föhrenstraße werde anstelle der Bahnhöfe Sebaldsbrück und Hemelingen treten, dies sei beschlossen. Es wurde versucht, einen neuen Standort Hemelingen Süd zu finden unter Berücksichtigung der Gesichtspunkte Integration in den Stadtteil und Kostenoptimierung im Bereich der DB Anlagen. Der aus Sicht der Stadtentwicklung optimale Standort musste wegen zu hoher Infrastrukturumbauten im Bereich der DB AG verworfen werden. Diese Suche sei noch nicht abgeschlossen und es werde auch weiterhin einen Dialog mit dem Beirat geben.

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 8g)	Neuordnung der Aufgabenwahrnehmung: Sachstandsbericht Projekte des Ressorts UBV -02-	BdV schriftlich	L/S
----------------	---	--------------------	-----

verschoben

TOP 8h)	„Klimapakt“ für den Nordwesten -02-	BdV schriftlich	L/S
----------------	--	--------------------	-----

Beschluss:

Die Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie (L) nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

TOP 9	Verschiedenes		
--------------	----------------------	--	--

Berichtswunsch zu einer der nächsten Sitzungen:

Sachstand Umbau Osterfeuerberger Ring	Berichtswunsch von Herrn Pohlmann	30.04.2015
--	--	-------------------

Herr Senator Dr. Lohse schließt die 40. Sitzung der staatlichen Deputation für Umwelt, Bau, Verkehr, Stadtentwicklung und Energie und dankt den Anwesenden für ihre Teilnahme.

Vorsitzender

Sprecher

Protokoll